

Prölls Selbstgeißelung

Anti-Steuerbetrugspaket zeigt nur Ineffizienz der Finanzverwaltung auf

■ Das von Finanzminister Pröll jetzt präsentierte „Paket gegen Steuer- und Sozialbetrug“ sei in Wirklichkeit ein Eingeständnis des Versagens der ÖVP-Finanzminister, weil es nur deutlich die Ineffizienz der Finanzverwaltung aufzeige, erklärte der freiheitliche Generalsekretär Herbert Kickl: „Es ist höchste Zeit gegen Steuer-sünder vorzugehen und Steuerschlupflöcher zu stopfen. Jedoch darf man nicht über das Ziel hinaus-schießen.“

Damit meine er weitere bürokratische Hemmnisse für die Klein- und Mittelständischen Betriebe, die in Zeiten der Wirtschaftskrise um die Existenz zu kämpfen hätten. Kickl warnte durch strengere Kontrollen den Druck noch zusätzlich zu erhöhen: „Es wird deutlich zwischen jenen zu unterscheiden sein, die ihre Steuern nicht zahlen wollen und jenen, die ihre Steuern nicht zahlen können.“

Kickl erinnerte, daß die ÖVP in der Vergangenheit quasi „der Schutzpatron der großen Steuerhinterzieher“ gewesen sei, und wies auf die Behandlung der liechtensteinischen Schwarzgeldkontenaffäre durch seinen Vorgänger Molterer hin. Der habe außer Appellen zur Selbstanzeige keinerlei Aktivitäten an den Tag gelegt.

„Hier wäre mit voller Härte gegen den systematischen Betrug am Staat vorzugehen gewesen“, empörte sich Kickl. Er wies darauf hin, daß die FPÖ bereits mehrere Vorstöße in diese Richtung gesetzt habe: „Bislang haben die ÖVP-Finanzminister die großen Steuerflüchtlinge mit Samthandschuhen angefaßt und aufgrund ihrer Klientelpolitik verschont. Man darf gespannt sein, ob sich dies nun ändert.“

Wenn Pröll jetzt plane die Finanzverwaltung effektiver zu gestalten, sei das durchaus positiv zu bewerten, bemerkte Kickl.



Kickl: Weshalb läßt Pröll die Steuerparadiese der Banken außer Acht?

Mit Verwunderung habe er aber registriert, daß in dem vorgelegten Pröll-Papier kein Wort von den Banken zu lesen sei, die es sich allesamt in Steuerparadiesen und Steueroasen gemütlich gemacht haben und den österreichischen Steuerzahler alleine im Regen stehen lassen.

„Ich erwarte mir vom Finanzminister, daß er diese steuerschonenden Geschäftspraktiken der Banken abschafft, schon alleine um seine eigene Glaubwürdigkeit zu retten“, mahnte Kickl abschließend.

Gratis-Öffis für Kanzlerfest-Gäste

■ „Wenn es um den Klimaschutz geht, ist offenbar jeder Unfug erlaubt“, kommentierte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky die Einladung zum Sommerfest des Kanzlers im Wiener Gartenhotel Altmannsdorf. Diese gilt nämlich als Fahrausweis für „beliebig viele Fahrten 2 Stunden vor und bis 6 Stunden nach Veranstaltungsbeginn“ in Wien.

„Wer zu den Gratisfahrten einlädt, wird nicht kommuniziert. Faymann persönlich? Die SPÖ? Das Bundeskanzleramt mit Steuergeld? Oder ist es gar ein Geschenk der roten Wiener Linien? In jedem Fall ist es eine Beleidigung für alle Käufer der ständig teurer werdenden Fahr-scheine“, empörte sich Vilimsky.

Die Aktion wäre nur dann verständlich, wenn der Kanzler „die Frau und den Mann von der Straße“ zu seinem Nobel-Dinner einladen würde. Die würden sich über Gratis-Öffis vermutlich freuen, sofern sie nicht ohnehin finanziell für die sündteuren Monats- und Jahreskarten der Wiener Linien bluten müssen. Aber als solche „Normalbürger“ könne man, so Vilimsky, die Damen und Herren auf der Gästeliste sicher nicht bezeichnen.

Preise von ihren fundamentalen Gleichgewichtswerten.

„Eine Transaktionssteuer sollte idealerweise auf internationaler Ebene oder zumindest auf EU-Ebene eingeführt werden, aber nicht als EU-Steuer“, betonte der freiheitliche Wirtschaftssprecher. Die Einnahmen einer solchen Transaktionssteuer sollten ausschließlich den Budgets der einzelnen Mitgliedsstaaten zugute kommen und dürften nicht nach Brüssel fließen: „Die Steuerhoheit der einzelnen Mitgliedsstaaten muß gewahrt bleiben.“

Steuer-Populismus einstellen!

FPÖ-Wirtschaftssprecher Themessl: Eine Transaktionssteuer macht nur auf EU-Ebene Sinn und muß in nationale Budgets fließen!

■ Einen Appell an SPÖ und ÖVP, den derzeit betriebenen Populismus rund um neue Steuerbelastungen für die Österreicher, einzustellen, richtete der freiheitliche Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl: „Derzeit spielen SPÖ und ÖVP ‚Schwarzer Peter‘, was die geplanten Regelungen für eine Transaktionssteuer betrifft.“

Damit sei niemandem gedient und die Bürger würden nur verunsichert, warnte Themessl und forderte die Koalitionspartner auf, „ihre kindischen Spielchen zu beenden“. Die Lage sei zu ernst für kleinkariertes politisches Hick-Hack, angesichts der Wirtschaftskrise braucht es

endlich die Rückkehr zur Sachpolitik.

Inakzeptabel, sei der SPÖ-Vorschlag, wonach alle Arten von Finanztransaktionen einer



Themessl: Wenn Finanztransaktionssteuer, dann nur europaweit!

Transaktionssteuer unterzogen werden sollen, stellte Themessl klar: „Eine solche Transaktionssteuer würde zu einer wesentlichen Mehrbelastung der Österreicher führen. Wir lehnen diesen Massenbesteuerungsplan der SPÖ strikt ab.“

Nur spekulative Finanztransaktionen sollten besteuert werden. Dies würde auch der Stabilisierung der Finanzmärkte dienen, bemerkte Themessl, denn spekulative Finanztransaktionen erhöhten massiv die kurzfristige Volatilität von Wechselkursen, von Rohstoffpreisen (etwa Erdöl) und von Aktienkursen und verstärkten damit die längerfristigen Abweichungen dieser